

Leitartikel

Deutschlands
Öko-Knechte

Das Ziel der Energiewende ist gut, die Umsetzung fragwürdig



VON KLAUS KÖSTER

Bald geht wieder das fröhliche Rätselraten los: Wie stark wird der Strompreis wohl dieses Mal steigen? Jedes Jahr im Herbst legen die Netzbetreiber die Umlage für erneuerbare Energien fest. Seit Jahren kennt sie nur eine Richtung: steil nach oben. Allein im vergangenen Jahr stieg sie um fast die Hälfte. Es würde an ein Wunder grenzen, wenn sie nicht erneut um einen zweistelligen Prozentsatz stiege. Wie lange soll das eigentlich noch weitergehen?

Weltweit wird jede dritte Kilowattstunde Solarstrom in Deutschland produziert. Der britische „Economist“ mokiert sich darüber, dass in Bayern mehr Sonnenstrom produziert wird als in den Vereinigten Staaten, die 140-mal größer sind. Und der renommierte Wirtschaftsforscher Justus Haucap hat ausgerechnet, dass für die in den letzten zehn Jahren installierten Fotovoltaikanlagen über 20 Jahre hinweg mehr als 100 Milliarden Euro Fördergelder ausgegeben werden. Im Weltrekordtempo hat sich Deutschland zu einem Solar- und Windpark entwickelt – dank einer Förderung, die Betreibern auf Kosten der Verbraucher jahrzehntlang hohe Abnahmepreise garantiert.

Ob der Strom überhaupt benötigt wird, spielt keine Rolle. Scheint die Sonne, gibt es zwar zu viel Strom – doch dann sinkt halt der Börsenpreis. Je niedriger aber der Börsenpreis, desto mehr müssen die Verbraucher draufzahlen, damit der Besitzer der Solaranlage weiter seinen garantierten Preis erhält. Als hätten die Kunden einen Goldesel. Damit nicht genug: Weil die erneuerbaren Energien nur unregelmäßig zur Verfügung stehen, sind weiterhin konventionelle Kraftwerke als Lückenfüller erforderlich, deren Betrieb sich wegen der niedrigen Börsenpreise aber kaum noch lohnt – und die deswegen für weiteres Geld in Bereitschaft gehalten werden müssen. Weil nichts zusammenpasst, zahlt der Kunde doppelt und dreifach.

Trotz des immensen Aufwands hat Deutschland im Jahr 2012 nicht weniger, sondern mehr von dem Treibhausgas CO₂ in die Atmosphäre gepustet – auch weil sich klimaschädliche Braunkohlekraftwerke am ehesten rentieren, um die Versorgungslücken zu füllen, die bei Wolken und Windstille entstehen. Immer deutlicher zeigt sich der schwere Fehler, der Deutschland unterlaufen ist: Unter dem Eindruck der Atomkatastrophe in Japan hat die Politik mit heißem Herzen den Atomausstieg verkündet, aber versäumt, sich mit kühlem Kopf über den Weg dorthin klarzuwerden. Nun droht der Umstieg im Morast zu versacken.

Der Ausbau der Netze, die die Strom vom windreichen Norden in den stromhungrigen Süden transportieren sollen, kommt nur schleppend in Gang. Um das marode Stromnetz zu stabilisieren, wären Milliarden erforderlich – auch deshalb, weil das Netz Strom aus schwankungsfälligen neuen Energien aufnehmen muss, noch bevor es Speichertechnologien gibt, die diese Schwankungen vermindern. Doch die Politik ist bisher nicht bereit, aus ihren Fehlern wirklich zu lernen.

Derzeit müssen Versorger Ökostrom in großen Mengen und zu hohen Kosten abnehmen. Werden sie dagegen lediglich verpflichtet, einen bestimmten Anteil ihres Stroms aus Ökoquellen zu beziehen, kann man Erzeugung, Netz- und Speicherausbau verzahnen und planmäßig vorantreiben. Vor allem aber müssen die Verbraucher dann keine Mondpreise mehr für Ökostrom zahlen. Denn bezahlt wird nicht mehr für alle Wind- und Solaranlagen, sondern nur noch für die, die sich – etwa wegen ihres ergiebigen Standorts – besonders wirtschaftlich betreiben lassen. Mehr Wettbewerb beim Ökostrom befreit die Verbraucher somit von vermeidbaren Kosten. Und die Mieter aus der Knechtschaft, die sie heute zwingt, Hauseigentümern 20 Jahre lang die Rendite auf ihre Solaranlage zu finanzieren.

k.koester@stn.zgs.de

Das Zitat

„Freudlose Politiker sind etwas Trostloses. Und sie kriegen auch nichts Gescheites hin“

Wolfgang Schäuble
Bundesfinanzminister



Die CDU setzt im Wahlkampf auf eine Mischung aus Wohlfühlbotschaften und kurzen Bekenntnissen – vergangene Woche hatte SPD-Spitzenkandidat Steinbrück Merkel-Plakate vorgestellt

Fotos: dpa

Merkel gegen Merkel

CDU und SPD liefern sich ein Plakatduell – Die Union will die Kanzlerin den Genossen nicht allein überlassen

Mit ihren ersten Plakaten und Broschüren zur Bundestagswahl setzt diesmal nicht nur die CDU auf die Kanzlerin. Auch die SPD versucht es mit Merkel-Motiven. Experten halten Negativkampagnen für riskant.

BERLIN (dpa). Für die Wahlkampfstrategen der CDU ist die Sache klar: Sieben Wochen vor der Wahl am 22. September beginnt die Zeit der Plakate und Broschüren. Und natürlich präsentiert sich darauf die Parteivorsitzende Angela Merkel. „Das werden wir nicht der SPD allein überlassen“, sagt CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe am Montag wohl oder übel bei der Vorstellung der ersten Motive. Denn auch die SPD macht sich das Konterfei der Kanzlerin auf einigen Plakaten zunutze – für eine Negativkampagne, die Schwächen der schwarz-gelben Regierung bebildern soll. An Straßen und Lichtmasten der Republik liefern sich die beiden großen Parteien damit auch ein Duell Merkel gegen Merkel.

Dabei folgt die Präsenz der Kanzlerin im CDU-Wahlkampf einer bestimmten Dramaturgie. Auf den Großplakaten geht es in den ersten Wochen wie bei der sozialdemokratischen Konkurrenz um Sachthemen. „Gute Arbeit und neue Ideen. So bleibt Deutschland stark“, heißt es vor orangefarbenem Hintergrund bei der CDU. „WIR für den gesetzlichen Mindestlohn“, plakatiert die SPD in einem rot-violett-changierenden Quadrat. Der Dach-Slogan der CDU lautet: „Gemeinsam erfolgreich.“ Die SPD-Leitthese besagt: „Das Wir entscheidet.“ Auf kleineren Plakaten sollen jetzt auch schon Merkel und ihr SPD-Kontrahent Peer Steinbrück zu sehen sein. Großformatige Porträts folgen dann erst später.

Schon jetzt setzt die CDU aber im Kleinen auf ihre in Umfragen populäre Vorsitzende.



Das Duell

Karikatur: Nik Ebert

800 000 Broschüren „Kanzlerin für Deutschland“ können christdemokratische Wahlkämpfer an Infotischen verteilen. Dazu gibt es 350 000 Exemplare im Mini-Faltformat. Darin offenbart Merkel – garniert von Kinderfotos und Porträts ihrer politischen Karriere – Programmatisches wie: „Freiheit und Sicherheit gehören für mich zusammen.“ Dazu aber auch dosiert Privates wie über die Zufriedenheit ihres Mannes mit ihren Kochkünsten: „Nur auf dem Kuchen sind ihm immer zu wenig Streusel. Konditorensohn halt.“

Weniger freundlich sind naturgemäß die Merkel-Motive, die die SPD für ihre Negativkampagne nutzt. Dabei wurde auch ein Strategiewechsel sichtbar. Bei einer Vorstandsklausur 2012 hatte SPD-Chef Sigmund Gabriel den Eindruck erweckt, angesichts

von Merkels Popularität auf direkte Angriffe verzichten zu wollen. Die Gegner seien die unregulierten Finanzmärkte und die soziale Spaltung in Deutschland. Doch nun heißt es Feuer frei auf Merkel. Die Plakate mit einer schläfrigen Kanzlerin und der ketzerischen Frage „Beste Regierung seit der Einheit?“ kommen SPD-Intern nicht nur gut an.

Ein anderes zeigt Merkel, wie sie in ihrer roten Handtasche kramt. Mit Blick auf das Ausspähen von Daten durch die USA heißt es dazu: „Privatsphäre – Neuland für Merkel?“ Die Ironie ist möglicherweise nicht sofort zu verstehen – Merkel hatte jüngst beim Besuch von US-Präsident Barack Obama gesagt, das Internet sei für alle Neuland.

Ebenso muss man beim dritten Anti-Merkel-Plakat, das den Slogan „Merkels Kom-

petenzteam?“ ziert, wissen, dass es sich bei den Männern im Zwiegespräch mit ihr um Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) handelt, der wegen des Drohen-Debakels an Ansehen verloren hat. Und um Kanzleramtschef Ronald Pofalla (CDU), der die Geheimdienste koordiniert – und in der NSA-Affäre Fragen offen lässt.

„Viele sagen, endlich mal ‚klare Kante‘“

Stephan Schweitzer
Technischer SPD-Wahlkampfleiter

PR-Fachleute sehen Negativwerbung, die in den USA seit langem als scharfe Wahlkampf-Waffe genutzt wird, durchaus zwiespältig. Diese Methode sei „immer eine riskante Strategie“, sagt der Werbeforscher Guido Zurstiege vom Institut für Medienwissenschaft der Universität Tübingen. „Das kann Sinn machen, wenn man gegen den Kanzlerbonus anwerben will.“ Andererseits könne auch der Urheber als missgünstig, neidisch und letztendlich selbst als programmlos dastehen.

Der technische SPD-Wahlkampfleiter Stephan Schweitzer verteidigt dagegen die Merkel-Plakate: „Das ist ein Signal an die eigene Partei: Jetzt blasen wir zum Angriff.“ Neben einzelner Kritik habe es breite Zustimmung gegeben. „Viele sagen, endlich mal ‚klare Kante‘.“

Politik im TV

Menschen bei Maischberger

Gast: Peer Steinbrück (SPD)
Wie will er doch noch den Machtwechsel am 22. September schaffen?
ARD, 22.45–24 Uhr

Kurz berichtet

Kinderschänder von Königs Gnaden festgenommen

Nur eine Woche nach seiner umstrittenen Begnadigung in Marokko ist der spanische Kinderschänder Daniel Fino Galván in seiner Heimat festgenommen worden. Nach landesweiten Protesten hatte Marokkos König Mohammed VI. bei einem ungewöhnlichen Rückzieher am Sonntag den von ihm wenige Tage zuvor unterzeichneten Gnadenerlass widerrufen. Der 64-Jährige war 2011 in Marokko wegen Vergewaltigung von elf Kindern und Jugendlichen zu 30 Jahren Haft verurteilt worden. Er hatte seine Taten auch gefilmt und die Filme verkauft. Nach eineinhalb Jahren hinter Gittern war er am Mittwoch im Rahmen einer Amnestie des Königs für 1044 Häftlinge anlässlich des 14. Jahrestags der Thronbesteigung auf freien Fuß gesetzt worden. (dpa)

Altersheim – nein danke

Altenheime sind bei den meisten Senioren nicht gefragt: Nur knapp ein Drittel (32 Prozent) der heute 65- bis 85-Jährigen kann sich vorstellen, bei Pflegebedürftigkeit eine Wohnung in einem Heim zu beziehen, ergab die am Montag in Köln veröffentlichte Generali Altersstudie 2013. Ein Einzelzimmer in einem Seniorenheim würden sogar nur 21 Prozent akzeptieren. Dagegen möchten 59 Prozent der befragten Älteren lieber mit Hilfe in den eigenen vier Wänden bleiben. Die repräsentative Umfrage ergab weiter, dass 19 Prozent sich das Leben in einem Mehrgenerationenhaus vorstellen können. Zwölf Prozent wären bereit, in einer Wohngemeinschaft mit anderen älteren Menschen zu leben. Für die Studie befragte das Institut für Demoskopie Allensbach mehr als 4.000 Menschen zwischen 65 und 85 Jahren. (epd)

Lebenslang für Ex-Armeechef

Mit harten Strafen geht in der Türkei der „Ergenekon“-Prozess um angebliche Putschpläne zu Ende

VON SUSANNE GÜSTEN
AUS ISTANBUL

ISTANBUL. Wegen der Vorbereitung eines Staatsstreichs in der Türkei sind der frühere Armeechef Ilker Basbug und mehrere andere Angeklagte zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Der „Ergenekon“ genannte Geheimbund soll versucht haben, die islamisch-konservative Regierung von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan zu stürzen. „Ergenekon“ ist ein Ort aus der türkischen Mythologie. Viele der 275 Beschuldigten – darunter Militärs, Abgeordnete, Politiker, Journalisten und Akademiker – müssen für Jahrzehnte ins Gefängnis. 21 Angeklagte sprach das Gericht am Montag in Silivri westlich von Istanbul frei. Der Prozess dauerte insgesamt fünf Jahre.

Der Journalist Tuncay Özkan soll wegen seiner Rolle bei „Ergenekon“ ebenfalls lebenslang ins Gefängnis, Özkan's Kollege Mustafa Balbay fast 35 Jahre. Zu langen Haftstrafen verurteilt wurden auch Oppositionsabgeordnete, ein Ex-Polizeichef, ein pensionierter Direktor der türkischen Hochschulbehörde, rechtsgerichtete Anwälte, ein Autor und ein Mafiaboss – sie alle sollen „Ergenekon“ bei der Putschvorbereitung geholfen haben. Der türkische Berufungsgerichtshof in Ankara wird das Urteil überprüfen.

General Basbug reagiert aus seiner Zelle heraus mit einer Warnung. „Die Nation wird das letzte Wort haben“, ließ er nach der Urteilsverkündung auf seiner Internetseite erklären. Ein anderer Angeklagter rief, der Türkei stehe ein „heißer Herbst“ bevor. Auf dem Feld nahe beim Gericht brachen vereinzelt Handgemenge zwischen Polizei und Demonstranten aus, die Polizei setzte Tränengas ein und stoppt die Menge. Der Streit wird aber auch nach der Urteilsverkündung weitergehen. „Wir sind bereit, für unser Land zu sterben“, rief eine Demonstrantin. Die Opposition warf der Regierung vor,

Hintergrund

Militärs, Mafia und Mythos

Die türkische Generalstaatsanwaltschaft stuft die ultranationalistische Untergrundgruppe „Ergenekon“ als terroristische Vereinigung ein. Sie strebt den Anschuldigungen zufolge eine Wiedererrichtung des Großtürkischen Reiches an. „Ergenekon“ steht im Verdacht, sich auch über mafiose Geschäfte und Drogenhandel zu finanzieren.

Namensgeber ist ein mystisches Tal in Anatolien. Dort gelang es türkischen Stämmen der Legende zufolge vor Generationen, ihrer drohenden Vernichtung durch Feinde zu entkommen, indem sie einem Wolf folgten und die Freiheit fanden. Das „Ergenekon“-Netzwerk soll Teil eines Geheimbundes mit dem Namen „Tiefer Staat“ sein. Die Mitglieder dieses Bundes, vor allem Ange-

hörige des weltweit orientierten Militärs, sollen sich in Jahrzehnten Schlüsselfunktionen im türkischen Staat und damit erheblichen politischen Einfluss gesichert haben.

Bereits im vergangenen September wurden in Silivri nahe Istanbul mehr als 300 Angehörige des Militärs wegen angeblicher Putschpläne festgenommen. Sie sollen 2003 unter dem Code-Namen „Schmiedehammer“ versucht haben, Premier Recep Tayyip Erdogan zu stürzen. 322 der angeklagten aktiven und pensionierten Militärs wurden verurteilt, 34 freigesprochen. Zu den damals Verurteilten zählten die pensionierten Generale Cetin Dogan und Halil Ibrahim Firtina sowie der ebenfalls im Ruhestand befindliche Admiral Özden Ornek. (dpa/rtr)

den „Ergenekon“-Fall zur Abrechnung mit politischen Gegnern zu missbrauchen. Basbug war der ranghöchste Angeklagte aus den Reihen der Militärs. Er war 2010 in den Ruhestand gegangen und Anfang vergangenen Jahres festgenommen worden. Der Ex-Generalstabschef wurde beschuldigt, als Anführer einer Terrororganisation einen Putsch geplant zu haben und für Propaganda gegen die Regierung im Internet verantwortlich zu sein. Er hatte die Vorwürfe als ehrenrührig zurückgewiesen.

Der „Ergenekon“-Prozess geht auf die Entdeckung eines Lagers von Handgranaten 2007 in Istanbul zurück. Aussagen der Hintermänner führten dazu, dass der Staatsanwalt Anklage gegen eine Terrororganisation erhob, die das Land in „Chaos, Dunkelheit

und Unsicherheit“ stürzen wolle, um ein Eingreifen des Militärs zu provozieren. Das Militär sieht sich als Hüter des säkulareren Erbes von Staatsgründer Mustafa Kemal Atatürk. Das Verhältnis zu Erdogans islamisch-konservativer Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) ist traditionell angespannt. Die AKP-Regierung hat die Macht des Militärs, das in den Jahrzehnten zuvor mehrfach geputscht hatte, stark beschnitten.

Kritiker hatten immer wieder bezweifelt, dass das Verfahren fair verlief. Die türkische Regierung verwies auf die Unabhängigkeit der Justiz. Erdogan war zuletzt international unter Druck geraten, weil er die Polizei bei Protesten von Regierungsgegnern mit großer Härte vorgehen ließ.